

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): RIT-I-GB1-eoGov	betroffene Referate: Alle
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	Nicht-Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	Federführung: Wolfgang Glock, Stefan Platz
Arbeitstitel geplanter Beschluss: E- und Open-Government – Maßnahmen 2020		

1. Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:

Das seit Juni 2017 gültige Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen ihre Leistungen binnen 5 Jahren (also bis 2022) online über Portale (Bundesportal, Bayernportal) bereitzustellen. Zusätzlich wurde die Schaffung eines übergreifenden – im OZG ebenfalls geforderten – Portalverbunds durch den IT-Planungsrat beschlossen.

Um diesen gesetzlichen Aufgaben inhaltlich und zeitlich gerecht zu werden, müssen die Anstrengungen zur Bereitstellung von Online-Angeboten in der LHM deutlich ausgeweitet und in engem Schulterschluss zwischen den Fachreferaten und dem RIT umgesetzt werden. Darüber hinaus wurden auf allen Ebenen der Verwaltung – Bund, Länder und Kommunen – eine Vielzahl an Initiativen und erste Pilotprojekte gestartet. Eine eindeutige Ausrichtung und abgestimmte Maßnahmen sind aus kommunaler Sicht kaum erkennbar und das Risiko für redundante Entwicklung oder „Sackgassen“ ist hoch. Das Potential von Kooperationen innerhalb der Verwaltungen und die Nutzung von Synergien besteht, ist aber noch nicht stabil.

So liegt der Fokus der im Jahr 2017 von Stadtrat für 2019 beauftragten Beschlussvorlage zu E-/Open-Government in der Optimierung der Infrastruktur und Umsetzung ausgewählter Online Dienste im Kontext des OZG in 2020. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der Digitalisierungsstrategie der LHM.

- Bereitstellung und Betrieb einer Lösung zur effizienten Antragsgenerierung zur schnellen und aufwandsarmen Realisierung von Online Diensten
- Umsetzung von ausgewählten Online Diensten aus dem OZG-Katalog (Dienste mit hoher Priorität), solchen mit hoher Attraktivität für Bürger_Innen und Unternehmen sowie Diensten, die Effizienzgewinne in der Verwaltung ermöglichen.
- Erweiterte Unterstützung bei Analyse und Planung von Online-Angeboten im Kontext des OZG in den Referaten/Eigenbetrieben durch das eoGov-Team, um Synergien zu heben.
- Weiterentwicklung und Verankerung von Standards zur Umsetzung von Online Diensten, des Datenangebots der Stadt und eoGov-Basiskomponenten zur Unterstützung der Arbeiten in der Umsetzung des OZG.
- Fortführung der vom Stadtrat beauftragten wissenschaftlichen Begleitung, um innovative Vorgehensweisen zu entwickeln und Wissensquellen aus der Forschung zu erschließen.

Um die strategischen Weiterentwicklung der zahlreichen eoGov-Basiskomponenten und die umfassende, zentrale Begleitung der Online Angebote für das OZG zu bewältigen, werden ab 01.01.2020 drei Stellen „Grundsatzangelegenheiten eoGov“ (E10-E12) unbefristet beantragt. Um Kapazitätsengpässe in den Fachbereichen zu mindern und eine höhere Akzeptanz für Zusatzaufgaben durch neue Online-Angebote – z. B. Anliegenmanagement - zu erreichen, werden Personalmittel zur Kompensation in anderen Referaten mit zwei Stellen Sachbearbeitung (E8) in 2020 beantragt.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	

Begründung		
<ul style="list-style-type: none"> • Gemäß OZG ist die Bereitstellung aller Verwaltungsleistungen bis 2022 gefordert • Beteiligung am Portalverbund durch IT-Planungsrat forciert. • Online Dienste entlasten den Bürger und die Wirtschaft von Amtsgängen. 		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld
Erläuterung:		
<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterte Aufgabenstellung aus dem OZG und abgeleitete Umsetzung der Online Dienste, des Datenangebots der Stadt und der dafür erforderlichen eoGov-Basiskomponenten • Zusatzaufgaben durch IT-Planungsrat und anderer Gremien • Beteiligung an Maßnahmen im Kontext OZG (Bundes/Landes-Projekte inkl. Kommunikationsmaßnahmen) 		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	4.966.725 € Sachkosten 1.350.000 € Personalkosten
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	2.808.277 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	150.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	2.644.277 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	14.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020

2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt? Aufgrund der strategisch-konzeptionellen Aufgaben kommt dieser Teil des Leitfadens zur Anwendung. Ziele: - Erfüllung der Mindestanforderungen zu Umsetzung des OZG - Umsetzungen aus der Digitalisierungsstrategie aus den Kernbereichen Verwaltung, Stadtgesellschaft und Infrastruktur Wirkungen: - Erfüllung des gesetzlichen Auftrags - Höherer Bürgernutzen und Akzeptanz	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
	Markierfeld	Markierfeld

4. Geltend gemachter Bedarf			
Geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3 (RIT)	-	QE3, IT
	2 (für andere Ref)	2 (für andere Ref)	QE3, LHM
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	5	-	QE3
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 5 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %: